

# Versöhnung durch Amnesie

*Wie weiter im Konflikt mit Russland? – Ein Gespräch mit den ukrainischen Historikern Jaroslaw Hrytsak und Georgi Kasianov*

*Meine Herren, sprechen wir zunächst über Russland. Abraham Lincoln soll einmal gesagt haben, man könne das ganze Volk für eine gewisse Zeit betrogen oder einen Teil des Volks für die ganze Zeit, aber nicht das ganze Volk für die ganze Zeit. Wann wachen die Russen auf?*

**Kasianov:** Die neunziger Jahre werden in Russland bis heute als verfluchte Zeit wahrgenommen. Viele Russen machen die Demokratie westlicher Prägung für Vetternwirtschaft, Oligarchie und den moralischen Zerfall der Gesellschaft verantwortlich. Gleichzeitig weigern sich die Russen, eine historische Schuld für die Verbrechen der Sowjetzeit anzuerkennen. Heute sehen wir eine Art Gegenreaktion auf diese Schuldzuweisung von aussen, nämlich Selbstglorifizierung. Viele Russen glauben an einen russischen Sonderweg. Man gehört weder zu Europa noch zu Asien, sondern hat eine eigene Zivilisation gegründet. Daraus leitet Putin das Recht ab, internationales Recht im Namen der nationalen Selbstbestimmung zu brechen.

**Hrytsak:** Putin ist keineswegs durch Wahlfälschungen an der Macht gekommen, seine Polittechnologen nutzten vielmehr die allgemeine Stimmung im Land aus. Nach den traumatischen Erfahrungen der neunziger Jahre wurde wirtschaftliche und geopolitische Sicherheit das Hauptthema – und Putin erfüllte diese Erwartung.

*Wie wird Putin in der Ukraine wahrgenommen?*

**Hrytsak:** Putin hat aufgehört, für Ukrainer in Odessa oder Charkiw Vorbild zu sein. Er ist heute ein Antiheld, nicht weil er Russe ist, sondern weil man ihn als Kriegstreiber betrachtet. Vor dem Konflikt war Putin in der Ukraine weit beliebter als Juschtschenko oder Janukowitsch, er schlug sogar Barack Obama.

**Kasianov:** Der populärste ausländische Staatschef in der Ukraine heute ist Lukaschenko. Er bedeutet Putins starke Hand minus militärische Aggression.

*Könnte man heute in der Ukraine von einer «Palästinisierung» des Konflikts in der Ostukraine sprechen? Die Forderungen der Separatisten scheinen ja auf «Land gegen Frieden» hinauszulaufen.*

**Hrytsak:** Ja und nein. Es gibt Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Wie der Palästina-Konflikt ist der Krieg in der Ostukraine eine lokale Auseinandersetzung mit geopolitischen Implikationen. Allerdings gibt es zusätzliche Konfliktlinien in der Ostukraine. Es handelt sich nicht nur um einen Zusammenstoss zwischen zwei Kriegsparteien, sondern auch um einen Bürgerkrieg.

**Kasianov:** Der entscheidende Unterschied ist die dominante Rolle Russlands. Der Wendepunkt war der Kampf um den Eisenbahnknoten Ilowaïsk, den ukrainische Truppen fast unter ihre Kontrolle ge-

bracht hatten, womit sie die Rebellenhauptstadt Donezk praktisch von ihrem Hinterland und den Versorgungslinien nach Russland abgeschnitten hätten. Mit massiver Hilfe russischer Truppen starteten die Separatisten zum Gegenangriff und umzingelten mehrere ukrainische Freiwilligen-Bataillone. Putin demonstrierte Poroschenko, dass er jederzeit militärische Spezialkräfte einsetzen kann, die der ukrainischen Armee überlegt sind.

*Wie bedeutet die Annexion der Krim historisch?*

**Kasianov:** Die Krim ist in mehrfacher Hinsicht ein Sonderfall. Sie war auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stark russisch geprägt, obwohl es staatliche Versuche einer Ukrainisierung gab. Die Krim wurde als autonome Republik in den ukrainischen Einheitsstaat aufgenommen – bereits das ist eine widersprüchliche Konstruktion. Seit etwa zehn Jahren agitiert der russische Geheimdienst dort sehr aktiv. Schliesslich wurde die Krim gewissermassen von Janukowitschs Partei der Regionen okkupiert, die dort ebenfalls als Fremdkörper gelten muss. Die Krim war also bereits vor der offenen russischen Aggression besetzt. Deshalb wurde der Verlust der Halbinsel von vielen Ukrainern nicht als sehr tragisch wahrgenommen. Ein ähnliches Argument wird heute über den Donbass angeführt – dieses rückständige Gebiet sei eine Last, von der man sich befreien solle.

**Hrytsak:** Es ist sehr gefährlich, historisch zu argumentieren. Dann könnte man auf der Krim bei den Griechen beginnen. Man öffnet die Büchse der Pandora: Gehören Elsass, Lothringen und Schlesien noch zu Deutschland? Das europäische System baut auf historischer Versöhnung auf, zuerst auf der deutsch-französischen und dann auf der deutsch-polnischen Versöhnung. Auch in der Ukraine steht eine solche Versöhnung auf der Tagesordnung – die polnisch-ukrainische ist bereits erfolgt, eine ukrainisch-russische muss und wird kommen. Voraussetzung dafür ist aber eine ukrainisch-ukrainische Versöhnung, die wegen der Auseinandersetzungen im Donbass in weite Ferne gerückt ist. Sie ist aber möglich. Ich komme aus Lwiw. Zu Beginn der neunziger Jahre war Kiew für uns keine ukrainische Stadt. Heute nehmen Dnipropetrowsk, Odessa und Charkiw diese Grenzposition ein. Die Linie der Versöhnung wandert nach Osten, allerdings wird die Versöhnung immer schwieriger, je weiter man vorstösst.

*Wie lange wird es dauern, bis es eine solche Versöhnung geben wird?*

**Hrytsak:** In Russland gibt es zwar einen Generationswechsel, jedoch ist ein Wechsel der Wertehaltungen nicht in Sicht. In der Ukraine ist das anders: Wir haben einen Generationswechsel, mit dem gleichzeitig auch die sowjetischen Werte ver-

abschiedet werden. Deshalb wird es mindestens noch zwanzig bis dreissig Jahre dauern, bis die Wunden verheilen.

**Kasianov:** Die wichtigste Voraussetzung für eine ukrainisch-ukrainische Versöhnung besteht darin, dass Russland aufhört, sich in der Ukraine aggressiv einzumischen. Ich bin indes wenig zuversichtlich, dass das geschehen wird. Aber auch auf ukrainischer Seite gibt es viele, die sich einer Versöhnung widersetzen. Sie wollen den Mördern ihrer Söhne, Verwandten und Freunde nicht verzeihen.

*Was kann der ukrainische Staat da tun?*

**Hrytsak:** Die wichtigste Frage lautet: Welchen Typ von Versöhnung wollen wir? Das deutsche Modell? Das ist kaum zu machen. Die Ukrainer sind nicht bereit, ihre Vergangenheit nach deutschem Vorbild aufzuarbeiten. Die Russen übrigens auch nicht. Aber es gibt eine andere Möglichkeit: das spanische Modell der Amnesie. Man verbietet das private Erinnern nicht, aber der Staat hält sich heraus. In Spanien hat dieses Modell funktioniert. Die Ukraine braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag, der einen Konsens über die staatliche Amnesie festhält. Der Staat soll nicht für oder gegen Bändera oder für oder gegen den Holodomor sein. Der Staat soll höchstens Polizeibeamte schicken und die Konfliktparteien voneinander fernhalten. Die Amnesie verschafft Zeit, um Reformen durchzuführen. Wenn man die Ukraine spalten will, muss man mit Geschichte oder Sprache kommen. Wenn man sie vereinen will, muss man von Lebensstandard oder Korruptionsbekämpfung sprechen. Poroschenkos Berater Dmytro Schynkiw, der ehemalige Direktor von Microsoft Ukraine, geht in diese Richtung. Poroschenko wollte seine Strategie offiziell am 6. November präsentieren, der Termin wurde aber abgesagt. Ich fürchte, dass Poroschenko den Krieg als Entschuldigung für einen Aufschub der Reformen bemüht.

**Kasianov:** Poroschenko möchte eine technokratische Regierung installieren. Das ist per se weder gut noch schlecht. Bereits Kutschma war ein Technokrat, der Kleptokrat Janukowitsch regierte ebenfalls technokratisch. Es gibt aber auch gegenläufige Tendenzen. Der Direktor des ukrainischen Instituts für nationale Erinnerung, der über zweifelhafte wissenschaftliche Qualifikationen verfügt, setzt sich stark für eine staatliche Kontrolle des Geschichtsbildes ein. Ausserdem soll das Institut in die Regierungsstrukturen eingebunden werden.

**Hrytsak:** Das ist ein programmatischer Fehler. Poroschenko hat sich mit der Stärkung des Instituts die Unterstützung der Nationalisten gekauft.

*Eine zentrale Forderung Russlands besteht in der Föderalisierung der Ukraine. Die Ausgangslage ist jedoch paradox: Russland ist zwar staatspolitisch gesehen eine Föderation, wird aber zentralistisch regiert, die Ukraine ist dagegen ein Einheitsstaat, verfügt aber über starke dezentrale Elemente. Historisch gesehen war die Föderalisierung in der Ukraine immer ein Vorschlag der Opposition. Auch Janukowitsch forderte als Parteichef eine Föderalisierung – und unternahm, einmal an die Macht, nichts.*

**Kasianov:** Alle lokalen Eliten in der Ukraine haben immer um Kiew gekämpft. Der Föderalismus tauchte auf ihrer Agenda erst auf, als sie fürchteten, Kiew zu verlieren. Jeder neue Präsident kündigt föderalistische Reformen an, es passiert aber nichts. Föderalisierung ist nur ein Schlagwort. Niemand spricht von den Kosten der Föderalisierung.

Zum Beispiel wissen wir nicht, was eine Föderalisierung im Bildungsbereich kosten würde und welche Risiken damit verbunden sind. Ich halte eine Föderalisierung in der Ukraine für unmöglich, vor allem in der heutigen Situation. Wir müssen den Einheitsstaat erneuern, natürlich mit einem gewissen Finanzausgleich zwischen den Regionen.

**Hrytsak:** Der angekündigte Spezialstatus für die separatistischen Regionen ist ein taktisches Manöver. Die ukrainische Regierung spekuliert darauf, dass Putin in den nächsten Jahren scheitern wird. Ein ukrainischer Föderalismus würde einfach das zentrale System 24-mal im Kleinen wiederholen. Dann hätten wir einen ineffizienten Verbund von 24 kleinen Staaten, die alle dasselbe administrative System aufweisen. Entscheidend ist eine Modernisierung des Einheitsstaats. Nötig sind dabei auch flachere Hierarchien, wie sie auf dem Maidan gefordert wurden. Ein stark zentralistischer Staat ist ineffizient. Das sehen wir in Frankreich oder Russland. Wenn auch in der Ukraine nach russischem Vorbild das Projekt «Modernisierung» (Medwedew) durch das Projekt «Sicherheit» (Putin) ersetzt würde, wäre das eine Katastrophe.

*Interview: Ulrich M. Schmid*